

Dauerweiden zur Verfügung gestellt werden, bereits so stark in Anspruch genommen worden sind, daß weitere Darlehen nicht mehr bewirkt werden können.

Kamenz. (Die Bezirksgruppe Oberlausitz der Vereinigung ehem. Kriegsgefangener) hielt am Sonntag im Restaurant „Krauschou“ in Kamenz eine Bezirksstagung ab. Der Besuch dieser Veranstaltung war ein sehr guter. Die Berichte der Ortsgruppenmitglieder ergaben ein klares Bild über die Arbeit in den einzelnen Ortsgruppen, die sich, von kameradschaftlichem Geist befeelt, nicht nur geselligen, sondern auch sozialen Aufgaben widmen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des I. Gauvorstehers Kameraden Köhler-Dresden. Ausgehend von der Bundestagung in Nürnberg, streifte der Redner die Guthabenforderungen der ehemaligen Kriegsgefangenen. Diese sind von der englischen Regierung reiflos ausgezahlt worden. Anders steht es bei den Guthabenforderungen an die französische Regierung, die auch ihren Forderungen nachgekommen zu sein glaubt, indem sie vor einiger Zeit die geradezu lächerliche Summe von 800 000 RM. in Frankenwährung der Reichsregierung überwies, abzüglich eines hohen Prozentsatzes von Verwaltungskosten, so daß das Geld überhaupt nicht zur Auszahlung kommen kann, da 68 % der ehemaligen Gefangenen nicht einmal 1,— RM. pro Kopf erhalten würden. Das Geld soll aus diesem Grunde sozialen Zwecken dienstbar gemacht werden. Ein Protest gegen dieses eigenartige Vorgehen der französischen Regierung war erfolglos. Auch hier wurde wieder betont, daß die R. G. K. unbeirrt ihren programmatischen Standpunkt weiter vertritt und daß auch die Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen im Wiederaufbaugelände zu entschädigen sind. Weitergehend gab der Redner bekannt, daß das Erholungsheim der R. G. K. in Thalmaßing bei Nürnberg eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben wurde und erholungsbedürftige Kameraden zu mäßigen Preisen jederzeit aufgenommen werden. Nach Erlebigung verschiedener Punkte interner Natur erreichte die Tagung 1/6 Uhr abends ihr Ende. Als nächster Tagungsort wurde Neugersdorf Sa. bestimmt. Anschließend hielt ein Rundgang durch die Stadt die Teilnehmer bis zur Abfahrt derzüge in froher Stimmung beisammen.

Neukirch (Lausitz). (Wiederum schreckte Feueralarm) die Dorteinwohner aus dem Schlafe. Gegen 12 Uhr nachts wurde die „Mefiro“-Fahrradfabrik Joseph Schloffer mit anschließendem Wohn- und Kontorgebäude durch ein Feuer eingeeißert. Aus dem Wohngebäude konnte einiges gerettet werden. Es ist ein beträchtlicher Schaden entstanden. Durch das tatkräftige Eingreifen der zahlreich erschienenen Feuerwehren wurde eine Explosionsgefahr (Gasometer und Sauerstoffflaschen) vermieden.

Nadeberg. (Hohe Bubenhände) haben wieder einmal in empörender Weise ihr Spiel getrieben. In der Nacht zum Sonntag sind auf der Staatsstraße zwischen Nadeberg und Walkroda die Baumstämme und eine Anzahl junger Bäume umgebrochen worden. Hoffentlich gelingt es, die Täter zu ermitteln und ihrer verdienten Bestrafung zuzuführen. Dazu sollte das Publikum mithelfen. Wer irgendwelche Angaben machen kann, die auf die Spur der Baumstewerler führen könnten, wird gebeten, diese der Kriminalpolizei oder der nächsten Polizeistelle zu berichten.

Arnsdorf. (Schadenfeuer.) In der Nacht vom 4. zum 5. September wurde die hiesige Feuerwehr alarmiert. Die Walmühle bei Kleinwolmsdorf stand in hellen Flammen. Alle Gebäude, bis auf das Wohnhaus, brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Brandursache ist noch unbekannt. Die Walmühle, früher Walmühle genannt, Besitztum der Angehörigen des verstorbenen Majors Horst Dietrich, liegt zwischen der vielbesuchten und bekannten Vendtmühle und Nadeberg in einem romantischen Teile des Rödertales und zwar an einer alten Furt. — (Reges militärisches Leben) herrschte hier am 4. und 5. September. Vom hiesigen Bahnhof aus wurden die in der Umgebung liegenden Truppen nach dem Wandvergelände verladen. Am 4. konzertierte am Bahnhofe zur größten Freude und Ueberfreudung der Dorteinwohner eine Militärkapelle. Da wurden Erinnerungen an vergangene bessere Zeiten wach!

Moritzburg. (100-Jahr-Feier des Landstallamtes.) Am 15. September findet die 100-Jahr-Feier des Landstallamtes Moritzburg statt. Aus Anlaß der Feier veranstaltet das Landstallamt eine Vorführung der Hengste am Wagen und unter dem Reiter und weitere Vorführungen einiger ländlicher Reitvereine.

Leipzig. (Ein gefährlicher Einbrecher.) In einem Hause der Ehrenfeinstraße zu Leipzig ist ein Einbruch verübt worden, bei dem der Täter mit seltener Frechheit und Nüchternheit vorging. Er traf in der von ihm aufgefundenen Wohnung eine Säuglingschwester mit drei kleinen Kindern an und schlug diese mit einem harten Gegenstand zu Boden. Die mißhandelte Schwester hatte aber noch einen Hilferuf ausstoßen können, auf den Nachbarn herbeieilten. Der Verbrecher, der schon reiche Beute gemacht hatte, ist dann entflohen. Er hat den größten Teil des von ihm gestohlenen Gutes verloren, eine wertvolle Brillantbroche aber hat er mitgenommen.

Oberschönau. (Opfer der Berge.) Ein am 13. Cambrena als Leiche aufgefundenen Tourist wurde als der Vermisste Walter Knope aus Oberschönau festgestellt. Knope, der selbst bei der Vergtour Verletzungen erlitten hatte, war abgestiegen, um für seinen verletzten Kameraden Hans Müller Hilfe zu holen. Auf dem Wege ist dann Walter Knope abgestürzt. Inzwischen ist Hans Müller in dem Bival erstorben. Seine Leiche konnte ebenfalls gefunden werden.

Zwidau. (Tödlicher Unfall im Bergbau.) Auf dem Bürgerstraße I verunglückte der hier wohnende Grubenschlosser Alois Sanfl. Er hatte an einem Windkessel Reparaturarbeiten ausgeführt, als der Kessel explodierte und 5. etwa drei Meter weit fortgeschleudert wurde. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Für ausfömmliche Getreidepreise.

Der Vorstand des Landbundes der Provinz Sachsen trat zu seiner Gesamtvorstandssitzung in Halle zusammen, zu der die maßgebenden Vertreter der Landwirtschaft aus allen Kreisen der Provinz erschienen waren. Er behandelte eingehend die Frage des Preisdruckes auf dem Getreidemarkt. Das Ergebnis der Aussprache wurde in der nachfolgenden Entschließung zusammengefaßt: „Ausfömmliche Getreidepreise für den Landwirt sind eine nationale Forderung. Wird der Landwirt durch drängende Verkaufsangebote und Börsenmachinationen um seinen wohlverdienten Lohn gebracht, so ist er nicht in der Lage, seinen Betrieb ordnungsmäßig fortzuführen und seinen Schulden- und Steuerpflichtigkeiten nachzukommen. Auch als Käufer industrieller Erzeugnisse scheidet der Landwirt dann aus. Wir fordern daher: Drosselung der Getreideeinfuhr aus dem Ausland; Zinsverbilligung bei Lombardierung von heimischem Getreide, da es sich hier um eine besonders sichere, jederzeit realisierbare Kreditanlage handelt; Auseinanderziehung der in diesem Herbst fälligen Milchzahlungsverpflichtungen der Landwirtschaft; Anweisung an die Finanzämter, bei Eintreibung von Steuerschulden möglichst schonend vorzugehen; Stützungsaktion des Reiches zur Erhaltung ausfömmlicher Getreidepreise für den Landwirt, ähnlich wie das im Sommer dieses Jahres bei den Schweinepreisen durch den damaligen Reichsernährungsminister mit Erfolg und ohne Schaden für den Konsumenten durchgeführt worden ist.“

Sächsische Industrie und Tarifierhöhung.

Die „Sächsische Industrie“, das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft über die vom Reichsbahngericht beschlossene Tarifierhöhung und macht dazu folgende beachtliche Ausführungen: Die Mitteilungen der Reichsbahnverwaltung zeigen, daß der Kampf um die neue Tarifierhöhung bei der deutschen Reichsbahn, der jetzt schon einige Monate andauert, mit einem völligen Siege der Reichsbahnverwaltung geendigt hat. Die Erleichterungen, die in der erwähnten Mitteilung enthalten sind, sind dabei gewiß zu begrüßen, insbesondere halten wir es für sehr zweckmäßig, daß die Frachten für Lebensmittel, die zurzeit nach dem Nottarif für Lebensmittel befördert werden, nicht unter die Erhöhung fallen.

Trotzdem ändert dies nichts an der Tatsache, daß diese Tarifierhöhung unter Umständen als das Signal zu einer allgemeinen Teuerungswelle sich auswirken kann. Daß diese Befürchtung nicht ganz unberechtigt ist, wird jeder, der die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten Monaten genau verfolgt hat, bestätigen. Man wird deshalb vom Standpunkte der Wirtschaft und darüber hinaus vom Standpunkte der Allgemeinheit es auf die Reichsbahnverwaltung und das Reichsbahngericht trotz monatelangen Stindiums der Frage nicht zu einer anderen Lösung des Problems gekommen sind, die derartige Befürchtungen ausgeschaltet und versucht hätte, berechtigten Wünschen der Eisenbahnverwaltung mit anderen Mitteln Rechnung zu tragen und den Ursachen auf den Leib zu rücken, die zu der jetzigen Situation der Bahn geführt haben. Denn wie die Dinge jetzt liegen — und das ist bei dem ganzen Problem noch besonders beängstigend —, ist es ja noch gar nicht ausgeschlossen, daß nicht binnen kurzem von der Bahn mit derselben Begründung neue Erhöhungen verlangt werden.

Tagungen in Sachsen

Der Arbeitnehmer im Volksstaat.

Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen (Christliche Gewerkschaften) setzte die Verhandlungen seines vierten Verbandstages in Leipzig fort. Der Gewerkschaftssekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Paul Janßen-Berlin, sprach über die Lage der Arbeitnehmer im neuen Volksstaat. Dieser Staat, so führte der Redner aus, müsse als Notstaat angesehen werden. Der Wunsch der Arbeitnehmer gehe nach einer besseren sozialen Ordnung. Hierfür wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen. Die Notwendigkeit für das Bestehen der Technischen Hochschule in ihrer alten Form sei entfallen. Der Reichstag dürfe Mittel für sie nicht mehr bewilligen. Die Wiedererrichtung des achtsündigen Arbeitstages sei eine berechtigte Forderung. Die Sozialpolitik müsse vernünftig ausgebaut werden. Sie sei aber auch zu entbureautatisieren.

Der Rückgang der Kaffeehäuser.

Der Reichsverband der Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe hielt seinen 20. Verbandstag in Leipzig ab. Den ersten Vortrag des Tages hielt der Schriftführer des Reichsverbandes Kowalinski über das Thema: „Das Kaffeehausgewerbe im Spiegel der Volkswirtschaft“. Er führte u. a. aus, daß das Kaffeehausgewerbe im Zeichen des stärksten Rückgangs stehe. Es habe die Pflicht, sein besonderes Augenmerk auf die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden zu richten. Reichstagsabgeordneter Mollath sprach hierauf über das Thema: Die drohende Sozialisierung des Kaffeehausgewerbes und die Gefährdung der Betriebsrentabilität durch Gesetzgebung und steuerliche Belastung. Auch er hob den fühlbaren Rückgang des gastronomischen Gewerbes hervor, das vor dem Kriege 270 000 Betriebe mit mehr als 720 000 Beschäftigten und heute 255 000 Betriebe aufweise, aber immer noch an vierter Stelle aller Berufe stehe. Fast 75 Prozent aller steuerlichen Überschüsse liefere das gastronomische Gewerbe.

Das kommunistische Volksbegehren wird dem Reichskabinett vorgelegt.

Das Reichsinnenministerium für Zulassung des Antrags.

Berlin. Der kommunistische Antrag auf Veranstaltung eines Volksbegehrens und Volksentscheides über den Panzerkreuzerbau ist von 5000 Stimmberechtigten unterschrieben eingebracht worden. Wenn auch bei einer Reihe Unterschriften die amtliche Beglaubigung fehlt, so hat sich das Reichsinnenministerium des Innern doch für die Zulassung des Antrages entschieden, die fehlenden Beglaubigungen sollen noch beigebracht werden. Da es sich aber um eine allgemein politische Frage handelt, wird das Reichsinnenministerium den Antrag zwecks Entscheidung über seine Zulassung dem Reichskabinett vorlegen.

Im Innenministerium hat ein Gedankenaustausch mit dem Reichswehrministerium, der Reichskanzlei und dem Justizministerium stattgefunden. Alle Ressorts haben sich übereinstimmend dem Votum des Reichsministeriums des Innern angeschlossen. Wird das Reichskabinett sich für Zulassung des Antrages entscheiden, so schließt sich das Eintragungsverfahren an. Immerhin wird es noch zwei bis drei Wochen dauern, bis die Eintragungsfrist beginnen kann.

Erforderlich sind ein Zehntel der stimmberechtigten Wähler bei den letzten Reichstagswahlen, also rund 4 130 000 Stimmen.

Für die kommunistische Wahlliste haben im Mai 3 262 584 Wähler gestimmt, es fehlen also noch 766 926 Stimmen. Diese müßten somit noch anderweitig aufgebracht werden. Kommt das Volksbegehren zustande, so hat die Reichsregierung unverzüglich den Gesetzentwurf beim Reichstag einzubringen. Nimmt der Reichstag ihn an, so ist die Sache erledigt, lehnt er ihn ab, so ist darüber der Volksentscheid anzuberaumen. Der Reichstag kann auch ein neues Gesetz beschließen, das vielleicht nicht ganz so radikal ist wie der kommunistische Gesetzentwurf. Dann würden zwei Gesetzentwürfe zur Volksabstimmung gestellt werden.

Minister Severing auf dem Buchdruckerkongress.

Köln. Auf dem Zweiten Internationalen Buchdruckerkongress, der in der Zeit vom 5. bis 9. September im Rahmen der Internationalen Presseausstellung in Köln stattfindet, nahm nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins, Rudolf Zickfeld, Reichsminister des Innern S e v e r i n g das Wort.

Der Minister führte u. a. aus, die Reichsregierung habe an den Verhandlungen des Kongresses großes Interesse. Er fuhr wörtlich fort: „Ich habe als Vertreter eines politischen Ressorts besonderes Interesse an den Zielen der Vereinigung, die sich auf die Zusammenarbeit der Völker beziehen. Da muß ich sagen, daß die Reichsregierung es außerordentlich begrüßt, wenn möglichst oft und zahlreich Männer zusammenkommen, um vom Frieden zu sprechen, von dem man nie genug sprechen kann. Wenn in den letzten Tagen in Paris die hervorragendsten Staatsmänner aller Nationen zusammengekommen sind, um ihre Unterschrift unter einen Kriegsschlichtungspakt zu setzen, so darf ich auch heute wieder betonen, daß das ein Akt von allergrößter politischer und kultureller Bedeutung war. Aber

ein Werk der Staatsmänner ist Stückwerk, wenn es nicht getragen wird von den Völkern selbst,

und deshalb begrüße ich es, daß berufliche Vereinigungen auf nationalem Boden zusammenkommen, um sich international zu verständigen. Welcher Stand wäre in dieser Hinsicht in seiner Bedeutung für die Völkerverbrüderung wohl berufener als das Buch- und Zeitungsdruckgewerbe. Die Jünger der schwarzen Kunst sind, wenn sie willens sind, in ständiger, Wegbereiter einer helleren, einer lichteren Zukunft zu sein.“

Der Balkan den Balkanvölkern!

Genf. Am Donnerstag wurden, wie von südslawischer Seite verlautet, Verhandlungen zwischen dem südslawischen Außenminister Marinowitsch und dem griechischen Außenminister Karapoulos begonnen. Venizelos hat diese Verhandlungen nicht früher beginnen wollen, bevor seine Macht in Griechenland nicht zweifellos festgestellt wäre. Dies ist auf Grund der Wahlen nunmehr der Fall. Zwischen Südslawien und Griechenland wurden folgende Fragen besprochen: Mazedonien, der König von Albanien, die bulgarische Anleihe, der Hafen von Saloniki usw., alles unter dem Schlagwort: Der Balkan den Balkanvölkern! Die Verhandlungen zwischen Balkanstaaten hat man in Genf während der Völkerverbrüderungen schon oft erlebt. Es liegt immer die Frage nahe: Gegen wen werden diese Verhandlungen geführt? Diesmal dürfte es Bulgarien sein.

Tschitscherin kommt nach Deutschland.

Moskau. Tschitscherin hat Dienstag Moskau verlassen, um sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit ins Ausland zu begeben. Seinen Erholungsurlaub, der auf drei Monate berechnet ist, wird Tschitscherin in Deutschland verbringen. Er wird bei dieser Gelegenheit auch die Reichshauptstadt besuchen. Jedoch hat sein Besuch dort nur privaten Charakter.

Günstiger Stand der deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Rumänien braucht die deutsche Hilfe. Bukarest. Die aus Berlin zurückgekehrte rumänische Delegation äußerte sich sehr anerkennend über das Entgegenkommen, das sie bei allen deutschen Stellen gefunden habe. Sie erklärte unter anderem, die guten Beziehungen, die über ein halbes Jahrhundert zwischen Deutschland und Rumänien bestanden hätten, seien auch heute von der deutschen öffentlichen Meinung noch nicht vergessen worden. Zwischen den beiden Ländern beständen keine politischen Streitungsflächen.

Aus diesen und anderen optimistischen Äußerungen in Regierungskreisen kann der Schluß gezogen werden, daß Rumänien alles daransetzen wird, um die am 12. September wieder beginnenden Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland rasch zu einem guten Ende zu führen, dies um so mehr, als die maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Stellen in Bukarest sich der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß die Mitwirkung der Reichsbank für das sichere Gelingen der rumänischen Stabilisierungsaktion notwendig sei.

London widerruft Chamberlains Rücktrittsabsichten.

Vorläufig mindestens dreimonatiger Urlaub des Außenministers.

London. Von amtlicher englischer Seite werden die Gerüchte dementiert, die von einem bevorstehenden Rücktritt Chamberlains wissen wollten. Es wird erklärt, daß Lord C u s h e n d u n die auswärtigen Angelegenheiten solange wie nötig weiterführen wird. Vorläufig wird mit einer dreimonatigen Abwesenheit Chamberlains gerechnet, die sich unter Umständen jedoch beträchtlich verlängern könnte. So gut wie sicher ist, daß der englische Außenminister nach Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Kabi-

